

Bischof Ackermann: "Mit großer Sorge" Positionspapier der Aktion Arbeit vorgestellt

Mit großer Sorge beobachtet Bischof Dr. Stephan Ackermann die Pläne zur Arbeitsmarktreform. "Die Gruppe der in der verfestigten Sockelarbeitslosigkeit gefangenen Menschen gerät immer mehr aus dem Blick", stellt der Bischof fest. Er kritisiert die Einengung auf ein einziges Erfolgskriterium, die Vermittlung in den sogenannten ersten Arbeitsmarkt, als "verhängnisvoll". Den arbeitsmarktpolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen, den Bundestagsabgeordneten aus dem Bistum und anderen Verantwortlichen hat der Bischof ein Positionspapier der Aktion Arbeit zugesandt, in dem Schritte zur Auflösung der Sockelarbeitslosigkeit beschrieben werden.

Die Ursache der Verfestigung wird in dem Papier mit drei Punkte beschrieben: die begrenzte Qualifikationsfähigkeit der Betroffenen, das Fehlen von geeigneten Arbeitsplätzen und die mangelhafte Finanzierung der brauchbaren Instrumente. Für die Neugestaltung fordert die Aktion Arbeit eine dauerhafte öffentlich geförderte Beschäftigung, ohne dass eine Vermittlung in eine ungeforderte Beschäftigung immer Primärziel sein muß. Für die entsprechenden Instrumente ist eine eigene Finanzierung notwendig und schließlich müssen auch gewerbliche Wirtschaftsbetriebe für öffentlich geförderte Beschäftigung geöffnet werden. Ein



weiterer zentraler Punkt ist die gezielte Schaffung von geeigneten Arbeitsplätzen, in denen die Betroffenen wertschöpfend arbeiten können.

Aktion Arbeit beim Rheinland-Pfalz-Tag

Wie bereits in Bad Neuenahr und Bad Kreuznach wird die Aktion Arbeit auch bei den diesjährigen Rheinland-Pfalz Tagen vom 27. - 29. Mai 2011 in Prüm mit einem Aktionsstand präsent sein. Gemeinsam mit den Auszubildenden der Erwerbslosen Selbsthilfe Püttlingen werden am Stand der Aktion Arbeit interessante Werbegeschenke produziert und an die Passanten gegen eine Spende abgegeben. Außerdem werden am Aktionsarbeitsstand mit einer Glücksradverlosung attraktive Preise verlost und kostenlose Tragetaschen mit dem aufgedruckten Emblem der Aktion Arbeit an die Besucher verteilt. Es ist zu erwarten, dass die durch die ESH selbst hergestellten "Original Saarländischen Schwenkerwender" wieder der Renner am Stand der Aktion Arbeit werden. Wir hoffen, dass die Spendensäule ordentlich gefüllt wird.

EDITORIAL

Wie viele Wahlen müssen die Berliner Regierungsparteien denn noch verlieren, ehe sie wach werden? Der Entwurf aus dem Arbeitsministerium zur großen Arbeitsmarktreform verschnübelt einem den Atem.

Seit den Hartz-Reformen hat die SPD ihr Profil als Anwalt der kleinen Leute verloren und kämpft um den Status als Volkspartei. Die CDU führt den Ausbau des Niedriglohnbereichs mit einem Millionenheer prekär Beschäftigter ungerührt fort und versucht das als Erfolg am Arbeitsmarkt zu verkaufen.

Die überproportionalen Erfolge der Grünen sind das konsequente Ergebnis: sie gelten als einzige noch als unschuldig am Desaster auf dem Arbeitsmarkt. Wie weit ist die Politik von denen entfernt, die spüren, dass sie im Land der Erfolgreichen abgeschrieben sind und die Angst um ihre berufliche Existenz haben?



Hans Casel,
Bischöflicher
Beauftragter
für die
Aktion Arbeit

Von der Sozialen Marktwirtschaft meilenweit entfernt

Wütende Reaktionen auf Eckpunktepapier des Arbeitsministeriums

Das Echo ist verheerend. Das Bundesarbeitsministerium hat seinen Entwurf zur Neuordnung der Arbeitsmarktpolitik vorgelegt. Quer durch die Republik reichen die Reaktionen von Wut und Entsetzen bis zu tiefer Enttäuschung und Resignation. Inzwischen gibt es einen ganzen Stapel von Stellungnahmen und offenen Briefen - alle mit demselben Tenor: deutliche inhaltliche Kritik an der Ministerialbürokratie. Spricht man mit den Autoren, wird auch die emotionale Seite deutlich: "marktradikale Betonköpfe", "beratungsresistent", "wann haben die zum letzten Mal mit einem Arbeitslosen gesprochen", die Liste ließe sich fortsetzen. Da bahnt sich was an!

Weshalb diese Empörung? Die Eckpunkte atmen den Geist marktradikaler Hartz-Ideologien, die sich längst als unwirksam erwiesen haben, zuletzt sauber dokumentiert in der Studie des Instituts für Arbeitsmarktforschung in Nürnberg. Scheinbar gibt es aber immer noch Menschen, die an Märchen wie das von der unsichtbaren Hand glauben, die in einer marktradikalen Wirtschaft alles zum Guten lenkt.

Die Vorstellung der Reform ist geschickt. Das Anliegen vieler Bundestagsabgeordneter, den Arbeitsmarkt zu deregulieren, zu flexibilisieren und zu dezentralisieren, greift das Ministerium mit wohlgesetzten Worten in Power-Points und einem Eckpunkte-Papier auf. Man muss schon genauer hinschauen, um die Tücken zu erkennen.

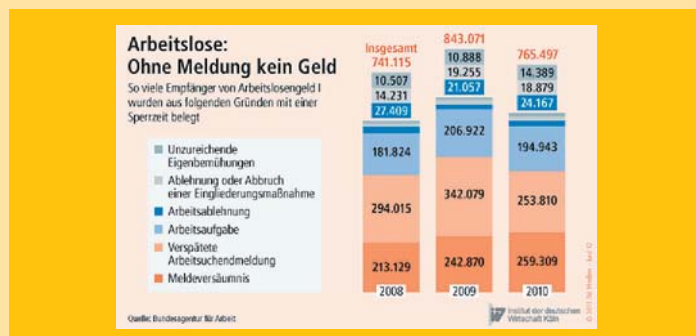
Da ist beispielsweise die

Rede von Qualitätssicherung. Wer sollte da etwas dagegen haben? Praktiker fürchten die bis ins Detail gehenden Zertifizierungsvorgaben, die wegen der hohen Kosten für kleinere Beschäftigungs- und Qualifizierungsbetriebe das Aus bedeuten würden und die großen Haie in der Branche bevorzugen, die mit günstigen Angeboten und fragwürdiger Qualität vor allem viel Geld verdienen.

Das Kernproblem der deutschen Arbeitsmarktpolitik, die hohe verfestigte Sockelarbeitslosigkeit, wird

wirksamen Bekämpfung der Sockelarbeitslosigkeit ist das meilenweit entfernt.

Entlarvend sind die Aussagen zur öffentlich geförderten Beschäftigung, die durch die Forderung, jede diesbezügliche Arbeit müsse "zusätzlich", "im öffentlichen Interesse" und "wettbewerbsneutral" sein, entscheidend eingengt und quasi ad absurdum geführt wird. Obwohl alle Praktiker wissen, dass diese nicht sauber definierten Begriffe Willkürentscheidungen zur Folge haben, hält man daran fest.



eher als Randproblem dargestellt. So begrüßenswert die Neuausrichtung der Instrumente für den Bereich der kurzfristig Arbeitslosen (SGB III) ist, umso weniger kann man die Behandlung des Problemkerns (zusammengefasst im SGB II) begreifen. Hier geht es laut Deutschem Landkreistag immerhin um über zwei Drittel der Arbeitslosen. Gegen den geballten Sachverstand und das Erfahrungswissen von Wissenschaftlern, Jobcentern, Bundesagentur für Arbeit, Wohlfahrtsverbänden, Deutschem Landkreistag, Länderministerien und Beschäftigungsträgern hält man unbeirrt daran fest, den Bereich des SGB III als Referenzgesetz dem SGB II überzustülpen. Von einer

Die Begründung ist fatal: "Diese Maßnahmen dienen der Sicherung der Akzeptanz dieser Instrumente insbesondere in der Wirtschaft", so im Eckpunkte-Papier. Das heißt doch, es gibt keine innere Begründung, sondern man betreibt offen Klientelpolitik. Das steht im krassen Widerspruch zur Sozialen Marktwirtschaft.

Die Politik macht sich zum Erfüllungsgehilfen der Wirtschaft und gibt ihre Aufgabe auf, Markt und Soziales durch souveräne Ordnungspolitik in ein Gleichgewicht zu bringen.

Die ordoliberalen Väter der Sozialen Marktwirtschaft hätten für eine solche Argumentation überhaupt kein Verständnis.

Fakten

Problemgruppe Migranten

Die Arbeitslosenquote von Migranten ist mit 14 Prozent etwa doppelt so hoch wie die bei Nicht-Migranten.

Das gilt auch für Hochqualifizierte: 3 Prozent Arbeitslose unter den einheimischen Akademikern stehen 10 Prozent bei den Migranten gegenüber.

Arbeitslosengeld I und II sind für 21 Prozent der Migranten die Haupteinkommensquelle, aber nur für 9 Prozent der Nicht-Migranten.

Untersuchungen haben drei Ursachen gezeigt:

1. mangelnde Bildungsunterstützung im Elternhaus (Kindergartenbesuch, Bücher lesen, kein PC).

2. Die Pisa-Studien belegen: wenn zu Hause kein Deutsch gesprochen wird, steigt das Arbeitslosigkeitsrisiko.

3. Fehlender Berufsabschluss. 26 Prozent der Migranten der zweiten Generation haben keinen Berufsabschluss gegenüber 11 Prozent der Nicht-Migranten, bei der ersten Generation sind es sogar 40 Prozent. Hinzu kommt die Nicht-Anerkennung von vorhandenen Berufsabschlüssen: zwei Drittel der ALG II Bezieher mit Migrationshintergrund haben einen Berufsabschluss, der in Deutschland nicht anerkannt wird.

Das Konto für Ihre
Spende:

3001399011

Pax Bank Trier

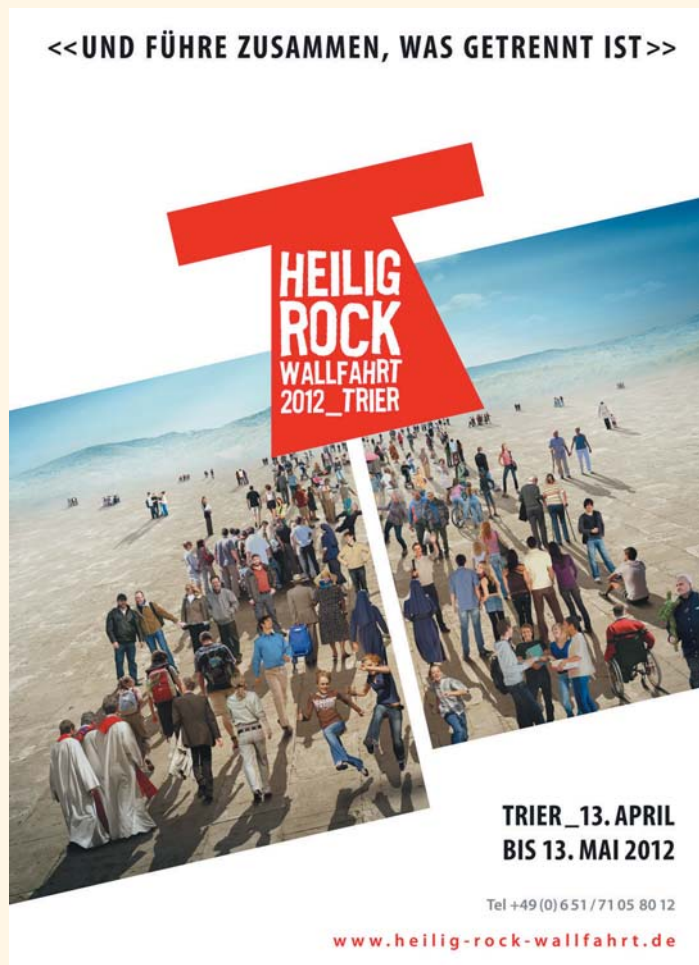
BLZ 585 602 94

"Und führe zusammen, was getrennt ist"

Aktion Arbeit beteiligt sich an der Heilig-Rock-Wallfahrt 2012

Die Heilig-Rock-Wallfahrt vom 13. April bis 13. Mai 2012 scheint ein Ereignis von internationalem Rang zu werden. Das Motto "und führe zusammen, was getrennt ist" haben die Verantwortlichen der Aktion Arbeit als Herausforderung verstanden. Arbeitssuchende und Arbeitgeber, Jobcenter und Arbeitslose, prekär Beschäftigte und Gutverdiener, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände, da ist viel Unerlöstes, was getrennt ist.

Beirat, Dekanatsbeauftragte und Arbeitsgruppe haben sich übereinstimmend dafür ausgesprochen, dass sich die Aktion Arbeit an der Wallfahrt beteiligt. Erste Gespräche mit der Wallfahrtsleitung zeigten, dass dort eine große Bereitschaft besteht, sich auf das Anliegen der Aktion Arbeit einzulassen. Am 7. April tagte erstmals eine Arbeitsgruppe, um ein Konzept zu erstellen. Drei



Schwerpunkte wird das Engagement der Aktion Arbeit haben:

Eine gemeinsame Wallfahrt soll Arbeitsmarktakteure ins Gespräch bringen: Kundenberater der Jobcenter, Arbeitslose, Gewerkschafter, Arbeitgeber, Sozialverbände und Beschäftigungsbetriebe. Zahlreiche Zusagen, mitzumachen, liegen bereits vor.

Die Wallfahrtsleitung wird sich gemeinsam mit den Beschäftigungsbetrieben bemühen, im Servicebereich möglichst viele Arbeitslose zu beschäftigen. Die Aktion Arbeit wird die Kontakte vermitteln.

Es wird nach Zeichen gesucht, wie das Thema tatkräftige Solidarität während der gesamten Wallfahrt wach gehalten werden kann. Von Kollekten bis zur Kunst-Aktion reicht derzeit noch die Ideenpalette.

Einerseits ist es unbestreitbar, dass viele Handwerksbetriebe tüchtige Facharbeiter suchen, die ihr Handwerk verstehen und mit Fleiß und Umsicht arbeiten. Auf der anderen Seite stehen Millionen, die Arbeit suchen. Das passt nicht zusammen.

Schaut man auf die Nachfrageseite, dann zeigt es sich am deutlichsten beim Nachwuchs. Scheinbar immer mehr Jugendlichen fehlt es nicht an Intelligenz, sondern am Stehvermögen, am sozialen Verhalten, an Tugenden wie Fleiß und Verlässlichkeit. Das wird bereits in den Schulen sichtbar. Viele Experten sehen als Ursache das Erziehungsverhalten der Eltern.

Fachkräftemangel?

Der Fachkräftemangel ist ein zwiespältiges Phänomen.

Unerzogene Eltern, die mehr oder weniger erziehungsunfähig sind, ziehen unerzogene Kinder groß. Der Ausstieg aus diesem Teufelskreis ist hart und lang.

Problematisch ist aber auch die Angebotsseite. Die Qualitätsanforderungen sind gestiegen und steigen weiter, heißt es lapidar. Ist das ein Naturgesetz? Natürlich hätte jeder gerne Spitzenkräfte. Aber: je höher die Anforderungen, umso geringer die Zahl derer, die diese Anforderungen erfül-

len können. Ein Straßenkehrer brauchte früher überhaupt keine Qualifikation, heute braucht er zumindest den Führerschein. Ein Schreiner brauchte früher vor allem praktisches Geschick, heute muss er am Computer vollautomatische Maschinen steuern können. Für Arbeitnehmer heißt das, der Durchschnitt geht noch, wer darunter liegt, bekommt zunehmend Probleme. Die demografische Entwicklung lässt eine weitere Zuspitzung in den nächsten Jahren erwarten.

Was tun? Im Bildungsbereich brauchen wir weniger Strukturreformen und dafür wieder mehr Erziehung. Und in der Wirtschaft brauchen wir wieder mehr Arbeitsplätze für Menschen, die nicht jede Olympianorm knacken.

Hier ist die gesellschaftliche Verantwortung der Wirtschaft gefragt. Appelle an die Arbeitgeber helfen sicher nicht weiter, hier müssen vor allem die Tarifparteien sich um intelligente Lösungen bemühen.

Und es ist die Arbeitsmarktpolitik gefordert, vernünftige Rahmenbedingungen zu entwickeln.

Beirat: Prekäre Beschäftigung auflösen

Mit dem Niedriglohnbereich beschäftigte sich der Beirat der Aktion Arbeit am 15. März. Weil die Grenzen zwischen Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung immer fließender werden, soll die Aktion Arbeit sich in Zukunft mit diesem Phänomen stärker beschäftigen, vereinbarten die Vertreter der Sozialverbände, Arbeitsmarktexperten, Seelsorger und Vertreter von Beschäftigungsunternehmen, die den Beirat bilden.

Die prekäre Beschäftigung ist die Schattenseite der Erfolge des Hartz-Konzeptes. Die offizielle Arbeitslosigkeit wurde stark abgebaut, die Massenarbeitslosigkeit zu einem weitgehend erledigten Problem erklärt. Das Absinken der Arbeitslosenquote geschah aber nicht durch den Aufbau zusätzlicher regulärer Arbeitsplätze, sondern durch den gezielten Aufbau eines umfangreichen Niedriglohnssektors. Leih- und Zeitarbeit weit weg vom Grund-

satz des equal pay, 400 Euro-Jobs, die den Mann und die Frau nicht nähren, Ein-Euro-Jobs ohne jede Vermittlungschance, Mini-Jobs, Qualifizierungskurse und Maßnahmenkarrieren, sie alle bleiben unterhalb der zentralen Forderung der Katholischen Soziallehre: das Einkommen muss bei Vollerwerbstätigkeit existenzsichernd sein.

Nachdem die Weltwirtschaftskrise in Deutschland weitgehend überwunden

und die Wirtschaft im Auftrieb ist, gilt es nun, den Bereich der prekären Beschäftigung zu existenzsichernden Erwerbsarbeitsplätzen zu entwickeln. Die Würde der Menschen und das damit verbundene Recht auf Arbeit sind wichtiger als die Renditen der Dax-Unternehmen.



Bundesagentur für Arbeit: Kurzfristig keine Vollbeschäftigung

Heinrich Alt, Vorstand der Bundesagentur für Arbeit, sieht keinen raschen Abbau der Arbeitslosigkeit in Deutschland. "Von Vollbeschäftigung kann kurzfristig keine Rede sein", sagt er im Unternehmermagazin "Wirtschaft & Markt" (Märzausgabe).

Selbst wenn sich die Wachstumsprognosen der Bundesregierung erfüllen, erwarte er 2014 noch 2,6 Millionen Arbeitslose. Zu den offiziellen Zahlen hinzu kämen noch 1,4 Millionen Aufstocker, die noch ergänzende Sozialleistung erhalten, sowie weitere 1,4 Millionen Arbeitsuchende, die zwar keinen Job haben, sich aber beispielsweise qualifizieren.

Gemeinhin werde, so der Vizechef der Bundesagentur, von Vollbeschäftigung gesprochen, wenn die Arbeitslosigkeit unter drei Prozent liegt. "Das wären dann bundesweit eine Million Menschen und davon sind wir weit entfernt", sagt Alt. Er widersprach damit Wirtschaftsminister Reiner Brüderle, der Deutschland "auf der Schnellstraße zur Vollbeschäftigung" gesehen hatte.

Alt räumte zugleich ein, dass der Agentur in diesem Jahr weniger Geld für die

Eingliederung von Langzeitarbeitslosen zur Verfügung stehe. Die entsprechenden Mittel wurden um 17 Prozent gekürzt.

ARBEITSBLATT

informiert per E-Mail über alles Wichtige aus und zur Aktion Arbeit.

Alle bereits registrierten Empfänger sind herzlich eingeladen, das **ARBEITSBLATT** per Mail weiter zu geben.

ARBEITSBLATT kann bestellt werden bei:
aktionarbeit
@bistum-trier.de

REDAKTION
Hans Casel, Rudolf Hammes

Gestaltung: bipsaar
Kontakt: aktionarbeit
@bistum-trier.de

Werbematerialien,

vom Flyer bis zum Themenbanner hält die Geschäftsstelle der Aktion Arbeit Ihre Initiative bereit.

Telefon
0651-7105-144